

KLARE KANTE

Fraktionszeitung der Rathausfraktion Freie Wähler | Pro Auto Wiesbaden



Christian Bachmann

Vorwort

Eigenständig, klar und mit dem Finger in der Wunde

Liebe Leserinnen und Leser,

durch die Bildung der sogenannten „progressiven Kooperation“, haben sich zumindest die Mehrheitsverhältnisse in der Stadtverordnetenversammlung geklärt. Der linke Teil des Hauses hat eine Vereinbarung gefunden. Für uns ändert sich in unserer Arbeit wenig, da wir unsere Projekte und Ziele weiterhin eigenständig verfolgen werden und nun zusätzlich die Mängel, die in dieser stark ideologisch gefärbten Konstellation, mehr als offensichtlich sind, aufzuzeigen und „klare Kante“ zu zeigen! Sachlich und ohne ideologische Scheuklappen. Wir sind weder Steigbügelhalter, Anhängsel, noch „Feind“ irgendwelcher Fraktionen oder Gruppierungen. Wir sind unabhängig, klar und unterstützen jeden guten Vorschlag, egal welcher politischen Herkunft,

melden uns aber auch sehr deutlich zu Wort, wenn es gegen die Interessen der bürgerlichen Einwohnerschaft unserer Stadt geht.

Gerne können Sie uns eine Rückmeldung zu unserer Zeitung geben oder senden uns allgemeine Fragen zu unserer politischen Arbeit!

Mail an: fraktion@freiewaehler-proauto.de

Herzliche Grüße,

Christian Bachmann
Fraktionsvorsitzender

Auszug aus dem INHALT

Seite 2

Für den Katastrophenfall gerüstet sein

Seite 3

ESWE-Verkehr – das Drama geht weiter!

Seite 4

Während andere bereits handeln, wird in Wiesbaden noch geredet

Seite 8

Westfeld und Ostfeld müssen tabu bleiben!

Seite 14

Ideologie und Technologiefeindlichkeit statt Pragmatismus

Klare Kante!

„Mehr Hilfe für die Bevölkerung,
wie sie sicher durch eine
Krise kommen kann“



Petermartin Oschmann
stellv. Fraktionsvorsitzender



Bevölkerungsschutz

Für den Katastrophenfall gerüstet sein

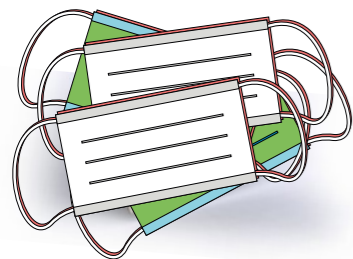
Unsere Fraktion im Stadtparlament hatte im Juli 2022 den Magistrat gebeten, über ein mögliches Sicherheitskonzept für den Katastrophenfall zu berichten. Die Weltlage ist nach unserer Meinung im Augenblick politisch und klimatisch herausfordernd; auch andere mögliche Katastrophen wie Stromausfälle, Hackerangriffe, Pandemie usw. verpflichten die Verantwortlichen dazu, sich Gedanken zu machen. Lieber vorbereitet zu sein und es später nicht zu gebrauchen ist besser als unvorbereitet von diesen Extremfällen überrascht zu werden. Unsere ausführlichen Fragen sind in einer Magistratsvorlage beantwortet worden und im für die Sicherheitsfragen zuständigen Ausschuss des Stadtparlaments behandelt worden. Es liegt noch kein in sich geschlossenes Konzept vor. Zugutehalten muss man den Magistrat, dass er sehr schnell im Bereich des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes neue Strukturen aufbauen muss, weil jahrelang diese Aufgaben keine Priorität genossen haben.

Interessant aus der Diskussion im Aus-

schuss waren Aussagen der Verwaltung, wonach auch jeder einzelne Mitbürger unserer Stadt im Falle einer Katastrophe so etwas wie eine Holschuld hat und deshalb selbst Verantwortung übernehmen muss, um die notwendigen Informationen zu erhalten. Wir leben nicht mehr in einer Wohlfühlgesellschaft, in der die Verwaltung für alles zuständig ist. Im Gegenteil! Was ändert sich bzw. was soll die Bevölkerung jetzt anders machen, ist die Frage.

Ein weiterer Punkt war das Thema der „Ernährungsnotfallvorsorge“, an dem deutlich gemacht wurde, dass jeder einzelne selbst dafür sorgen muss, für den Katastrophenfall einen individuellen Vorrat an Lebensmitteln, Medikamenten und Haushaltsgegenständen für einen Zeitraum von 10 Tagen vorzuhalten. Unsere Fraktion wird diesen Fragen weiterhin nachgehen und beobachten, ob die Maßnahmen der Verwaltung ausreichend sind. □

Unseren Antrag/Pressemitteilung
finden Sie auf:
www.fraktion.freiewaehler-proauto.de



Christian Hill
stellv. Fraktionsvorsitzender

Mobilität

ESWE-Verkehr – das Drama geht weiter!

„Schuster, bleib bei Deinem Leisten“ ist eine alte Weisheit, die heute noch gilt. Aber offensichtlich nicht für ESWE-Verkehr.

Normalerweise würde man annehmen, daß ein kommunales Verkehrsunternehmen zunächst mal für einen reibungslosen Busverkehr zu sorgen hat. Aber einen reibungslosen Busverkehr haben wir in Wiesbaden schon lange nicht mehr: Immer mehr Busausfälle, Unpünktlichkeit, teils massive Einschränkungen des Fahrplans und Streichung ganzer Buslinien – das ist die Realität 2022.

Dafür gibt es viele Gründe. Da ist natürlich der krankheitsbedingte Ausfall vieler Fahrer durch „Corona“. Eine Herausforderung, welche so ziemlich alle Branchen und ihre Mitarbeiter in unserem Land betrifft. Da gibt es aber auch zahlreiche Probleme, die schlichtweg hausgemacht sind. Große Hoffnungen hegten wir noch vor einigen Monaten, als die Geschäftsführung von ESWE-Verkehr ausgewechselt wurde. Mittlerweile ist hier jedoch Ernüchterung eingetreten. Der Betriebsrat des Unternehmens trifft sich mit ihren Arbeitgebern mittlerweile wohl häufiger vor Gericht als in der Kantine. Hier geht es vor allem auch um schlechte Men-

schüfung und unzureichende Kommunikation.

Hinzu kommt eine jahrelange Miß- und Günstlingswirtschaft, allgemeine personelle Fehlentscheidungen, totales Chaos in der Ausrichtung und Anschaffung der Busflotte und völlig überzogene Ambitionen als „Multimodaler Mobilitätsdienstleister“. Und als dieser verzettelt sich ESWE-Verkehr immer mehr. Jüngstes Beispiel ist das Nachfolge-Projekt für den krachend gescheiterte ‚meinRad‘-Flopp. Jetzt sollen es keine normalen Leihfahräder mehr sein, sondern elektrische. Also alles wird wieder auf Anfang gestellt, viel Geld investiert und einfach mal abgewartet. Ich prophezeie, das geht wieder schief. In zwei Jahren gibt es dann das obligatorische Schulterzucken und alles verschwindet routinemäßig in der Versenkung. Wie gehabt - es ist ja nur das Geld der Steuerzahler, das hier verschwendet wird. Ein solches Fahrrad-Verleihsystem sollte in einer Stadt dieser Größe - wenn überhaupt - privatwirtschaftlich betrieben werden. Die öffentliche Hand kann sich nicht um alles kümmern. Und da wären wir wieder beim Hauptproblem: ESWE-Verkehr muß sich endlich wieder auf sein Kerngeschäft konzentrieren.

Aber auch das Kerngeschäft funktioniert leider nicht. So wurden Millionen Euro für die Anschaffung von 10 Wasserstoffbussen und die dazugehörige Infrastruktur verwendet. Offenbar ein völliger Fehlkauf. Die Busse werden wieder veräußert, ohne jemals richtig gelaufen zu sein. Die Wasserstofftankstelle auf dem Betriebshof von ESWE ist mittlerweile defekt und wird nicht mehr repariert. ESWE verabschiedet sich nun komplett von der Wasserstofftechnik. Also in der Tat wohl ein wirkliches Millionengrab.

ESWE-Verkehr bekommt im Moment einfach nichts mehr auf die Reihe. Es ist ein einziges Trauerspiel. Die Bürger wollen in sauberen Bussen, pünktlich, sicher und regelmäßig von A nach B gebracht werden. „Multimodale Mobilitätsdienstleistungen“ müssen da warten. Schuster, bleib bei Deinem Leisten! □

Klare Kante!

„Auf's Kerngeschäft

kommt's an!“



Christian Bachmann
Fraktionsvorsitzender



Wasserstoff

Während andere bereits handeln, wird in Wiesbaden noch geredet

In der Sitzung des Umweltausschusses hat die ESWE-Versorgung in einer Stellungnahme zum Thema Wasserstoff wohl die beste Zusammenfassung der Meinungsbildung der Politik zu diesem Thema ausgegeben, die ich selbst nicht treffender hätte schreiben können und die in weiten Teilen unserer Forderung aus November 2021 entspricht: „Nach unserem Dafürhalten basiert der Beschluss auf der Erwartung, dass erneuerbare Energien und damit daraus gewonnener grüner Wasserstoff auch längerfristig ein knappes und teures Gut sein werden und dass deshalb Wasserstoff, und hier insbesondere grüner Wasserstoff, nur selektiv in schwer zu elektrifizierenden Anwendungen eingesetzt werden sollte“.*

Wasserstoffbussen hat man sich mal wieder verzockt, weil man eine nicht ausgereifte Technologie bei einem Anbieter ohne Erfahrung eingekauft hat. So soll z.B. ein TESTelektrolyseur am neuen Müllheizkraftwerk nicht umgesetzt werden, weil der Wirkungsgrad und der Umwandlungsverlust zu hoch sind etc.

Wir befinden uns hier am Beginn einer über Jahre und Jahrzehnte vernachlässigten Technologie und wir leisten es uns, trotz Gas- und Stromkrise, auf diese Dinge zu verzichten! Bereits heute werden bis zu 20% Wasserstoff dem Heizgas beigemischt und es laufen umfangreiche Studien, wie dieser Anteil noch erhöht werden kann. In Mainz sind sie bereits weiter, da muss man gar nicht so weit schauen.

Hätte man unserem Antrag, der jetzt ziemlich genau ein Jahr alt ist und umfangreiche Projekte in Kooperation mit der Industrie gefordert hat, zugestimmt, wären wir hier schon weiter und müssten nicht, wie so häufig, hinterherlaufen. □

Klare Kante!

„Verpasste Chancen kommen selten wieder“

Übersetzt: Der Beschluss zeugt von ideologischer Verbohrtheit und Technologiefeindlichkeit, weil eben nicht sein darf, was nicht in die eigene Agenda passt. Bei den

Fraktionsarbeit

Zu unseren Aktivitäten

Unsere Fraktion FREIE WÄHLER/Pro Auto hat sich im vergangenen Jahr mit vielen Themen beschäftigt. Manche werden in unserer Ausgabe der „Klare Kante“ ausführlich behandelt, aber auch die anderen sollten nicht unerwähnt bleiben:

Petermartin Oschmann

Bereich Wirtschaft und Gesundheit:

- ▶ Sondernutzungsgebühren für die Außen-gastronomie
- ▶ Antrag zum Sicherheitszustand der städtischen IT-Systeme
- ▶ Stellungnahme zum Industriebeirat und seiner Besetzung mit Vertretern ausschließlich der Wirtschaft
- ▶ Antrag zur Evaluierung des Projektes „Heimatschatz“, die noch dieses Jahr durchgeführt werden soll
- ▶ Antrag zur Rolle und zum Stellenwert von Betriebsräten in städtischen Gesellschaften
- ▶ Antrag zum Klinikneubau am St. Josefs-Hospital
- ▶ Antrag zum Vollzug der einrichtungsbezogenen Impfpflicht mit der Forderung nach konkreten Auskünften
- ▶ Antrag zur Tariftreue in städtischen Gesellschaften mit der Frage, ob ein Wildwuchs bei der Höhe der Entgelte von Mitarbeitern vorhanden ist
- ▶ Antrag zur Rolle der Aufsichtsräte in städtischen Gesellschaften
- ▶ Schließung von Filialen der NASPA
- ▶ Gesundheitsstandort Aukamm
- ▶ Antrag zum Komplex „TriWiCon“, weil von dort 5 Mio.€ bei der Greensill Bank angelegt wurden und wohl auch für immer verloren sind
- ▶ Antrag zum Kündigungsschutz in Wiesbadener Wohnungsbaugesellschaften im Fall von Zahlungsausfällen von Nebenkosten
- ▶ Antrag zur quartiersbezogenen Gesundheitsversorgung

Bereich Kultur:

- ▶ Einsatz für ein Café im Literaturhaus
- ▶ Städtepartnerschaft Ocotol mit der Frage, wie sich die aktuelle politische Situation auf die Zusammenarbeit mit dieser Stadt in Nicaragua auswirkt und ob der Magistrat seine Besorgnis zur politischen Situation auch kundgetan hat
- ▶ Wegzug der EBS mit der Konsequenz, dass es in Wiesbaden keine juristische Fakultät mehr gibt
- ▶ Antrag im Kulturausschuss, über die Arbeit der Fachkommission zu neuen Straßennamen zu informieren, der allerdings nur unzureichend beantwortet wurde
- ▶ Antrag zur räumlichen Situation an der „Drei-Lilien-Quelle“
- ▶ Frage zum Austausch von Schülern zwischen amerikanischen und deutschen Schulen
- ▶ Kritisches Hinterfragen zum Beitritt von Wiesbaden zur Kulturregion zum 1. Januar 2023, obwohl hierfür noch kein genehmigter Haushalt vorliegt
- ▶ Anträge zur Kinderklinik

Stadtparlament:

- ▶ Antrag, auch in Wiesbaden den Bau von Rechenzentren zu fördern und ein dazu tragfähiges Konzept zu erarbeiten
- ▶ Antrag zum Ball des Sports mit dem Ziel, diesen in Wiesbaden zu erhalten

Anträge Bereich
Wirtschaft und
Gesundheit

Anträge Bereich
Kultur

Anträge
Stadtparlament



Gleichstellung

Gendern wird nichts ändern!

Christian Bachmann

Gleichstellung und Chancengleichheit sind in unserer Gesellschaft hohe Güter. Das ist bereits in Artikel 3 des Grundgesetzes verankert (Absatz 1: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich). So dürfen z.B. das Geschlecht und/oder die sexuelle Orientierung eines Menschen keine Rolle spielen in Beruf und Alltag.

Es geht auch nicht um die Frage, OB man das voranbringen muss, sondern eigentlich nur WIE! In Wiesbaden sollte ein sogenannter Genderleitfaden erarbeitet werden und dies ohne jede rechtliche Basis, da es bisher keine einheitliche Sprach- und Schreibregelung gibt. Das sogenannte „Gendern“, egal ob mit Binnen-„l“, Sternchen, Unterstrich, Pause beim Sprechen, die sich anhört, als hätte man sich gerade verschluckt, wird keinem diskriminierten Homosexuellen oder einer in gleicher Position niedriger bezahlter Frau etwas helfen.

Es ist der ideologische Versuch „Moral“ in die Sprache zu drücken und alle zu brandmarken, die diese Verunstaltungen der Schrift nicht mitgehen wollen. Wiesbaden hat eine Frauenbeauftragte, warum eigentlich keine Gleichstellungsbeauftragte? Für Gleichstellung ist das Frauenbüro zuständig, eigentlich also ein Widerspruch! Hier könnte man anfangen tatsächliche Gleichstellung zu betreiben, aber nicht beim ideologischen Verhunzen unserer Schrift und Sprache! □

Klare Kante!

„Klare Regeln und Kontrollen!“



Mobilität

Elektro-Tretroller – mehr Plage als Nutzen



Christian Hill

stellv. Fraktionsvorsitzender

Die Elektro-Tretroller wurden einst als wichtiger Bestandteil der sogenannten ‚Verkehrswende‘ angepriesen. Übrig geblieben ist davon größtenteils aber nur Chaos und Anarchie.

Viele Rollerfahrer halten sich nicht an die Regeln: Sie fahren auf dem Bürgersteig. Sie fahren zu schnell. Sie fahren zu zweit oder gar zu dritt auf einem Gerät. Und sie lassen den Roller einfach in der Gegend herumliegen, wenn er nicht mehr gebraucht wird. Besonders ärgerlich und gefährlich ist das völlig verantwortungslose Abstellen der Elektro-Tretroller mitten auf dem Bürgersteig.

Ein wahrer Horror für Sehbehinderte, Ältere oder anderweitig beeinträchtigte Personen. Unfälle und teilweise schwere Verletzungen sind hier leider an der Tagesordnung. Manchen Rollerfahrern ist es offenbar gar nicht bewußt, was sie ihren Mitmenschen da antun. Wahrscheinlich ist es vielen von ihnen sogar schlichtweg egal. Ein völlig asoziales Verhalten!

Wir fordern daher vom Magistrat, schärfere Regeln für das Nutzen von Elektro-Tretrollern in Wiesbaden aufzustellen und endlich auch Kontrollen durchzuführen. Nachdem uns das Dezernat von Stadtrat Kowol in dieser Sache über ein ganzes Jahr hingehalten hat, wurde uns nun im Verkehrsausschuß der Entwurf eines neuen Konzeptes vorgelegt, daß die E-Tretroller nur noch in bestimmten, genau eingegrenzten Zonen in der Innenstadt abgestellt werden dürfen. Soweit - so gut. Vornehmlich soll aber erst einmal die direktete Innenstadt, das sogenannte ‚Historische Fünfeck‘ als Versuchszone dienen. Außerdem wurde in diesem Zusammenhang ein extremer Parkplatzklau angekündigt! Hier werden also Elektro-Tretroller gegenüber normalen Anwohnern, die einen PKW-Parkplatz suchen bevorzugt. So geht das nicht!

Vor allem muß es auch möglich sein, bei falsch abgestellten Rollern, entsprechende Bußgelder zu verhängen. Hamburg ist da z.B. ein Vorreiter. Der Antrag unserer Fraktion, daß die Stadt Wiesbaden sich beim Land Hessen für eine entsprechende Verordnung einsetzen solle, wurde von der linken Mehrheit im Rathaus zerredet, so daß nun alles beim Alten bleibt und die Roller-Rowdies auch weiterhin buchstäblich freie Fahrt bei ihrem Treiben in unserer Stadt haben. Hier besteht dringender Handlungsbedarf! □

VERSCHOBEN

Umgang mit kleineren Fraktionen

Am langen Arm verhungern lassen

Christian Bachmann

In den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung gibt es ein geflügeltes Wort bzw. einen Satz, der immer gerne herangezogen wird, wenn jemand ans Rednerpult tritt: „Es ist alles gesagt, aber noch nicht von jedem“ Und genau so kommt es, dass seit längerer Zeit eine Debattenkultur Einzug gehalten hat, die zum einen aus teilweise ziellosen Reden besteht, aber auch inhaltlich nichts dabei „rumkommt“. Wir hatten Sitzungen, die sich irgendwann nach vier oder fünf Stunden das erste mal mit einem inhaltlichen Thema und einem Umsetzungsbeschluss für die Stadt beschäftigt. Bis dahin rieb man sich quasi im Abnutzungskampf mit der Geschäftsordnung, aktuellen Stunden, gegenseitigen Beschimpfungen und der Einberufung des Ältestenausschusses auf.

Man ist sich nicht zu schade, auch wenn die Debatte schon Stunden weitergeführt und teilweise ganz andere Perspektiven und Ergebnisse hat, seine vorgefertigte Rede zu halten, damit sich die Mühe wohl gelohnt hat.

Leiden müssen die kleinen Fraktionen, deren Anträge, aufgrund dieser Verzögerungen, über Monate hinweg nicht behandelt werden. So zum Beispiel unsere Anträge zur „Europastadt“ oder zum Thema „Wasserstoff“. Verschleppt, verzögert und im schlechtesten Falle am Ende niedergestimmt. □



Petermartin Oschmann

stellv. Fraktionsvorsitzender

Wirtschaft

Citymanager – Wiesbaden lernt noch

Vor Jahren hat Wiesbaden die Position eines Citymanagers geschaffen, dessen Aufgabe es sein sollte, den stationären Handel zu stärken sowie mit neuen attraktiven Angeboten und Anbietern unsere Stadt zukunftsfähig zu machen. Nicht nur diese Tätigkeit, sondern auch die Person des neuen Citymanagers war mit viel Vorschusslorbeeren bedacht worden. Schon zu Beginn gab es aber auch Kritik. Bemängelt wurde gerade von unserer Fraktion „FREIE WÄHLER/Pro Auto“ sowohl in der Presse als auch im Wirtschaftsausschuss die zu enge Anbindung dieses „Kümmerers“ an die städtische Verwaltung, weil der Citymanager in der Öffentlichkeit als „Teil des Teams im Referat für Wirtschaft und Beschäftigung“ ohne eigenes Budget auftrat. Damit konnte er nicht wie ein Interessenvertreter der Wirtschaft handeln, wie dies wünschenswert gewesen wäre. Wie

die IHK Wiesbaden haben auch wir mehrere Male darauf gedrängt, den Citymanager zumindest mit einem eigenen Budget auszustatten.

Nun ist dies nach dem Ausscheiden des bisherigen Citymanagers endlich geschehen. Das neue Citymanagement soll in einer Stabstelle mit eigenem Etat organisiert werden, nun sogar in Teamstärke. „Offensichtlich hat in der Verwaltung ein Lernprozess stattgefunden“, wie ich schon in der Presse ausgeführt habe. Es ist schade, dass es monatelang gedauert hat, bis sich im Magistrat diese Erkenntnis durchgesetzt hat. Die neuen Stellen werden hoffentlich bald besetzt, die Vakanz besteht nun seit Monaten! □

Unseren Antrag/Pressemitteilung finden Sie auf www.fraktion.freiewaehler-proauto.de



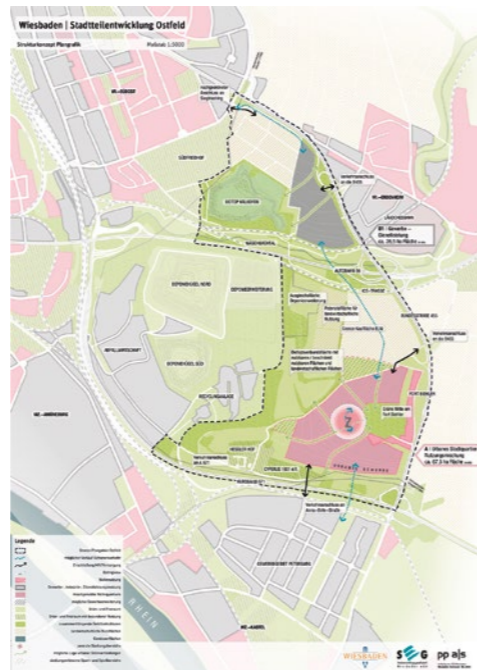
Christian Hill

stellv. Fraktionsvorsitzender

ein zu massiver Eingriff gegen die Natur darstellen.

Hier steht die Stadt Wiesbaden den Anwohnern außerdem im Wort, denn nach dem Bauabschluß der Siedlung ‚Sauerland‘ war ihnen versprochen worden, daß es keine weitere Versiegelungen der angrenzenden Flächen mehr geben solle. Davon will man heute offenbar nichts mehr wissen. Die Stadt darf aber nicht wortbrüchig werden! Die Bürger müssen sich darauf verlassen können, daß die Verantwortlichen der öffentlichen Hand nicht mit falschen Karten spielen.

Jetzt schon haben dort ansässige landwirtschaftliche Betriebe Existenzsorgen. Notwendige Investitionen und Zukunftsplanun-



Stadtentwicklung Ostfeld

Stadtentwicklung

Westfeld und Ostfeld müssen tabu bleiben!

Unsere Fraktion spricht sich klar gegen die Planungen zur Bebauung des sogenannten ‚Westfeldes‘ (Perspektivfläche West) zwischen Dotzheim und Schierstein aus. Hier will die Stadt bis zu 3000 Wohnung und die neue Hessische Polizeischule errichten.

Wir wollen die dort vorhandene Kalt- und Frischluftschneise, die landwirtschaftlich genutzten Flächen und den bisherigen Lebensraum dort für Menschen und Tiere erhalten.

Klare Kante!

„Landwirtschaft erhalten,

Versiegelung stoppen!“

Nach einer eingehenden Ortsbesichtigung des 125 Hektar umfassenden Areals und Gesprächen mit Anwohnern und Betroffenen steht für uns fest, daß die Planungen

gen können aufgrund der Ungewissheit nicht getätigt werden. Menschen, die erst vor wenigen Jahren viel in ihre Häuser investiert haben, sehen ihr Lebenswerk bedroht.

Unsere Fraktion solidarisiert sich daher ausdrücklich mit der ‚Aktionsgemeinschaft Westfeld erhalten‘, die gegen das Großprojekt kämpft. Der Oberbürgermeister hat inzwischen zwar aufgrund von Bürgerprotesten zurückgerudert und spricht von

‚nur‘ noch etwa 1500 Wohnung und der Möglichkeit, die Polizeischule eventuell in Kastel zu bauen, aber in der heutigen Zeit können wir es und schlicht und ergreifend nicht mehr leisten, wertvolle landwirtschaftliche Flächen zu vernichten und Naherholungsgebiete zu versiegeln. Das gilt übrigens auch gleichermaßen für das sogenannte ‚Ostfeld‘ in den Ortsbezirken Erbenheim und Kastel. Der Kampf geht also weiter - wir bleiben dran □



Christian Bachmann

Fraktionsvorsitzender

Ostfeld | Westfeld:

Bezahlbarer Wohnraum und Wohnungsnot

Wenn man das Thema „bezahlbarer Wohnraum“ ehrlich betrachtet, gibt es hier mehrere Bedingungen, die sich ausschließen: Wenn ich bezahlbar (natürlich immer die Frage für WEN es bezahlbar sein soll) baue, dann kann es nicht ultraökologisch sondern muss es ökonomisch sein. Wenn ich ultraökologisch bauen möchte, wird es für die meisten Menschen nicht bezahlbar, weil die Bau- und Erhaltungskosten immens sind. Dieser Zielkonflikt wird bei der Diskussion um neue Baugebiete wie West- und Ostfeld immer wieder ausgeblendet und den Menschen wird vermittelt, dass es diesen Zielkonflikt überhaupt nicht gäbe. Es wäre einmal interessant zu erfahren, wie viele Menschen in den Wohngebieten der

letzten 10 Jahre wirklich aus WIESBADEN dort eine neue Bleibe gefunden haben. Wer mit offenen Augen und Ohren durch die Welt geht, wird aber feststellen, dass wir durch die Ausweisung z.B. des Hainweg in Nordenstadt einen Zuzugsdruck erzeugt haben, der überwiegend Menschen außerhalb unserer Stadtgrenzen den Weg zu einer Immobilie ermöglicht hat. Wer glaubt, dass viele Menschen, die heute in der Mitte, im Westfeld oder im Rheingauviertel auf eine bezahlbare Wohnung hoffen, dort eine Bleibe finden würden, der meint wahrscheinlich auch, dass Zitronenfalter beruflich Zitronen falten. □

Klare Kante!

„Ultraökologisch

UND sozial am

Bau schließen

quasi aus“



Breitensport

Unterstützung des Breitensports – jetzt wird es persönlich!

Soll keiner sagen, dass kleine Fraktionen nichts ausrichten können!

Christian Bachmann

Schon immer lag mir der Breitensport am Herzen. Dies nicht so sehr als Funktionär oder gar Politiker, sondern aktiv in Form von ehrenamtlichem Engagement als Trainer, Schiedsrichter oder Betreuer im Fußball. Nachdem ich dies, da meine Kinder nun auch in verschiedenen Vereinen und Sportarten aktiv sind, wieder verstärkt aufgenommen habe, sehe ich live, wo die Probleme bei Vereinen und Sportstätten, aber auch im Umgang, z.B. mit den Schiedsrichtern liegen.

So ist z.B. der SV Wiesbaden 1899 e.V. (SVW) über die Jugendmannschaften auf mich zugekommen. Ich war im Rahmen eines Jugendspiels im Helmut-Schön-Sportpark ehrlich gesagt ein Stück weit erschrocken über die Situation der Umkleidemöglichkeiten und Toiletten direkt an den Kunstrasenplätzen. Ein Transportcontainer als temporäre Umkleide, Dixieklos hinter einer Art Funktionsgebäude. Alles funktionell, mit Herzblut bewirtschaftet und im Rahmen der Möglichkeiten gepflegt, aber natürlich wenig repräsentativ und vielleicht für den

einen oder anderen Spieler, der sich überlegt dort anzufangen, auch abschreckend.

In der Diskussion mit Verantwortlichen des Wiesbadener Traditionsvereins stellte sich heraus, dass es bereits seit langer Zeit Pläne gab für ein Funktionsgebäude. Pläne, in die der SVW selbst schon Geld investiert hatte in Form von Architektenhonoraren. Leider verschleppte sich die finanzielle Unterstützung durch Land und Stadt, so dass das Thema etwas „eingeschlafen“ war und die Gespräche abgerissen seien.

Nach Recherche der Sachlage und mittels eines Antrags im Ausschuss für Sport, Bürgerbeteiligung und Ehrenamt holten wir das Thema wieder auf die Tagesordnung und siehe da: In der Zwischenzeit hat der Verein seinen Zuwendungsbescheid über die Gelder erhalten und kann bauen. Dies mag vielleicht für die „große“ Politik nur ein kleines Thema sein oder eine Randnotiz: Für uns als Fraktion und auch für mich persönlich werte ich es als Erfolg, dem Verein und dem Breitensport geholfen zu haben! □

Klare Kante!

„Politik nicht nur aus der Amtsstube“



Nötig aber bürger- und landwirtschaftsfreundlich

Stromtrassen durch Wiesbadens Osten

Christian Bachmann

Man kann es drehen wie man will – Wiesbaden wird mehr Strom „importieren“ müssen, als es selbst produziert. Gerade im Zuge der Elektromobilität, aber auch der Energiegewinnung z.B. durch Wärmepumpen wird der Bedarf an elektrischer Energie auf ein Vielfaches von heute steigen. Auch, wenn man manche der Maßnahmen ablehnt, kann man vor der Entwicklung nicht die Augen verschließen.

Daher ist auch nicht das Kernthema OB man eine Trasse über die östlichen Gemarkungen der Stadt baut, sondern es geht vor allem darum WIE man diese baut. Hier unterstützen wir gerne die Positionen der sehr aktiven Bürgerinitiative „Keine Hochspannungsfreileitung durch unser Ländchen“, die den Verzicht auf die Freileitung fordert und sprechen hier für das Engagement auch unseren ausdrücklichen Dank aus.

Es kann nicht sein, dass der Energiefraß der Landeshauptstadt auf dem Rücken der Landwirte sowie der Landschaft, die ja uns allen auch als Naherholungsgebiet dient, bedient wird! □

Klare Kante!

„Trassen ja, aber unter der Erde“



Wirtschaft

„Ball des Sports“ – Ein dauerhafter Verlust

Christian Hill

Das war es nun. Der ‚Ball des Sports‘ hat Wiesbaden verlassen – wohl für immer. Geopfert auf dem Altar einer ideologisch orientierten Linkskoalition im Rathaus. Die Linken haben das ‚Aus‘ befohlen und die SPD hat gekuscht und geliefert. Und zwar wider besseres Wissen, gegen die Interessen unserer Stadt und ihrer Bürger.

Es gibt Studien, daß der ‚Ball des Sports‘ Wiesbaden jedes Jahr eine Wertschöpfung von bis zu 6 Millionen Euro gebracht hat. Das sind Einnahmen von Hotels, Gastronomie, anderer Dienstleister, Taxigewerbe, Einzelhandel und viele mehr. Das alles fällt nun weg. Arbeitnehmer bangen um ihren Job. Dabei hätte der städtische Zuschuß für das ganze lediglich EUR 250.000,- betragen.

Wir meinen: Ein ganz schlechtes Geschäft! Wer solche Defizite

beim Rechnen hat, wie die Linkskoalition in Wiesbaden, darf keine Stadt regieren.

Die besondere Ironie an der Geschichte ist, daß der ‚Ball des Sports‘ nach Frankfurt abwandert. Die dortige Stadtregierung leckt sich geradezu die Finger danach, dieses tolle Ereignis zur Unterstützung von deutschen Sportlern zu beherbergen und national und international Anerkennung und Aufmersamkeit zu erlangen. In Frankfurt regiert übrigens auch eine linke Koalition aus SPD, Grünen und Volt. Die lachen nun über ihre Genossen in Wiesbaden.

Und so pilgern nun 2023 über 1.500 Gäste aus Sport, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nach Frankfurt, um dort die Deutsche Sporthilfe zu unterstützen. Wiesbaden hingegen ist abgehängt. Danke SPD, das habt ihr wirklich sauber hinbekommen ... □

Klare Kante!

„Linke Ideologie schadet der Stadt!“



Christian Hill

stellv. Fraktionsvorsitzender



Mobilität

G7-Chaos? SPD-Faeser ist schuld!

Am 11. November herrschte in Wiesbaden das totale Chaos. Nichts ging mehr. Nein, es war nicht die Kampagneneröffnung der Fastnacht, sondern Bundesministerin Nancy Faeser rief zum G7-Gipfel der Innenminister.

Abgesehen davon, daß niemand den japanischen Innenminister kennt, waren die Sicherheitsmaßnahmen völlig übertrieben und nicht ordentlich kommuniziert.

Und Nancy Faeser persönlich war schuld an diesem Ausnahmezustand. Sie persönlich hat Wiesbaden und Kloster Eberbach im Rheingau als Tagungsort ausgesucht. In die Hessenschau-Kamera sagte sie, daß es üblich sei, daß solche Gipfel „in der Region“ stattfinden. Also hier, im Rhein-Main-Gebiet, wo die Ministerin herkommt. Aber als Kennerin und Bewohnerin der Region hätte sie wissen müssen, was hier seit Monaten verkehrstechnisch los ist. Stau, Brückenchaos und ein teilweise nicht funktionierender ÖPNV. Doch offenbar war es der Dame völlig egal, was sie hier ihren Mitmenschen in Wiesbaden und Umgebung zumutete. Es war ihr egal, ob die Leute ohne Vorankündigung stundenlang im zusätzlichen Stau standen, zu spät zur Arbeit und zur Schule kamen, wichtige Termine versäumten und so regelrecht in Geiselhaft genommen wurden. Es war ihr egal, Hauptsache sie konnte die brillante Gastgeberin im Nassauer Hof und im Kloster Eberbach geben. Alles auf dem Rücken der drangsalierten Bürger.

Wenn es tatsächlich ein Arbeitstreffen der G7-Innenminister war, warum fand es dann nicht einfach in einem Tagungshotel am Frankfurter Flughafen statt? Das liegt schließlich auch in der Region und den Bürgern wäre vieles erspart geblieben. Aber so bestand Nancy Faeser auf dem großen Auftritt vor historischer Kulisse. Das ist letztendlich reine Selbstdarstellung - auf Kosten der Steuerzahler!

Anzumerken ist die zum Teil wohl grotten-schlechte Kommunikation verschiedener Ämter und Behörden untereinander, die in Planung und Durchführung des Gipfels involviert waren. So wurde zum Beispiel die Geschäftsleitung von ESWE-Verkehr nicht in die Vorbereitungen einbezogen und rechtzeitig über Straßensperrungen informiert. Da kann man eigentlich nur noch mit dem Kopf schütteln. □

Fazit: So etwas darf sich nicht mehr wiederholen! Im Verkehrsausschuß hat unsere Fraktion eine Garantie dafür gefordert. Doch diese wollte uns niemand geben – leider ...



Klare Kante!

„Bürgerwohl
statt Politshow“



Photo: studio - stock.adobe.com

Klare Kante!

Wir sind für die Aartalbahn -
ohne Wenn und Aber!

Mobilität

Planungen für die Aartalbahn vorantreiben

Christian Hill

Im September wurden im Rathaus erste Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zur Reaktivierung der Aartalbahn vorgestellt, welche recht vielversprechend klingen.

Aber es wird wohl leider noch ein langer, steiniger Weg werden, bis die ersten Züge wieder von Wiesbaden nach Taunusstein, Bad Schwalbach und darüber hinaus fahren können. Neben Wiesbaden sind nämlich auch die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie die betroffenen Landkreise und deren Kommunen in das ganze involviert. Federführend bei der Machbarkeitsstudie ist der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV). Es müssen also viele

verschiedene Interessen berücksichtigt werden. Sicher ist auch, daß es die Aartalbahn nicht zum Nulltarif geben wird. Hier sind viele Millionen von Euro erforderlich. Daß sich die Untersuchungen und Bewertungen durch den RMV jedoch noch bis Ende 2024 (!) hinziehen sollen, ist schlichtweg nicht hinnehmbar. Hier muß eindeutig schneller gearbeitet werden. Wir können und wollen darauf nicht noch zwei geschlagene Jahre warten. Daher gilt es jetzt, alles zu geben, um richtigen Schwung in dieses Projekt zu bekommen. Hier muß überparteilich zusammengearbeitet werden. Alle müssen an einem Strang ziehen! Doch stattdessen treten nun wieder ganz offen die Citybahn-Verlierer auf die Bühne und verhöhnen den eindeutigen Bürgerwillen. Der Bürgerent-

scheid sei ja nur drei Jahre gültig und dann könnte das ganze Spiel von vorne beginnen. Das lehnt unsere Fraktion jedoch ganz klar ab! Im Gegensatz zum Bau der Citybahn, sehen die meisten Bürger unserer Stadt eine Reaktivierung der Aartalbahn nämlich positiv. Die Aktionen und Ankündigungen der Citybahn-Aktivisten schaden jedoch der Reaktivierung, sie sind Sand im Getriebe. Es scheint fast, daß hier absichtlich politische Sabotage betrieben werden soll. Wir sind für die Aartalbahn - ohne Wenn und Aber. Das ständige Kaputtreden ihrer Reaktivierung muß endlich aufhören. Die Aartalbahn kann ein verkehrspolitischer Segen für unsere ganze Region sein. Diese Chance müssen wir nutzen. □

Weitere Günstlingswirtschaft verhindern

Petermartin Oschmann

In Wiesbaden hat sich vor Jahren bei der Besetzung von offenen Stellen in der Verwaltung und auch in den städtischen Gesellschaften in einigen Fällen ein System etabliert, das keine Transparenz erkennen lässt und auch nicht nachvollzogen werden kann. Im Gegenteil sind bei einigen Einstellungen Fragen aufgeworfen worden, die auch in der Presse auf Aufmerksamkeit stießen.

Die Fraktion „FREIE WÄHLER | Pro Auto“ hat den Magistrat gebeten zu berichten, wie er Auswüchse bei der Besetzung neuer Stellen verhindern will und wie er mit Hilfe der Aufsichtsräte dafür sorgen will, das Compliance Regelwerk verbindlicher zu befolgen. Die Antwort steht noch aus. Wir bleiben am Ball. Es geht um ein Thema, das unsere Stadt den Ruf von „Filzbaden“ eingetragen hat. □





Wirtschaft

Heimatschatz

Petermartin Oschmann

Bereits im Frühjahr 2021 reagierte die Fraktion FREIE WÄHLER /Pro Auto als einzige Rathausfraktion auf den öffentlichen Hilferuf des Wiesbadener Handels. Das Projekt „Heimatschatz“ sollte eine Möglichkeit für den lokalen Einzelhandel werden, Waren im Internet anzubieten. Diese regionale Onlineplattform sollte vom Verlag VRM

realisiert werden und erhielt finanzielle Zuschüsse der Landeshauptstadt. Kurz nach unserem Antrag an den Wirtschaftsausschuss, die Wirtschaftsdaten des Projektes abzufragen erhielten wir die Auskunft, dass die VRM das Projekt zum Jahresende 2022 einstellen wird. Mangels teilnehmenden Händlern und Umsatzes war auch dieser nun dritte Versuch einer lokalen Onlineplattform gescheitert. Welche Finanzmittel die LHW durch Zuschüsse zu diesem Projekt eingebüßt hat wird unsere Fragestellung in einem der nächsten Revisionsausschüsse werden



Kooperation erkennt die Versorgungskrise nicht

Ideologie und Technologiefreundlichkeit statt Pragmatismus

Christian Bachmann

Deutschland und damit auch Hessen und Wiesbaden stecken in der wohl schwersten Energiekrise der Nachkriegsgeschichte. Gas- und Stromversorgung sind bereits heute aufgrund des Kriegs in der Ukraine Mangelware. Notfallpläne und Black-Out-Szenarien werden von der Stadt, aber auch von den Privathaushalten, erstellt. Die Geschäftsleitung der ESWE Versorgung zeichnet eine düstere Prognose der Versorgungssicherheit für die nächsten Monate. Unser erklärtes Ziel ist daher eine regionale Versorgung mit Wärme und Strom, um in eine Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern und deren Lieferanten zu kommen. Doch welche Alternativen haben wir zur Verfügung?

Klare Kante!

„Die Stadt verschläft die Zukunft – nicht mit uns!“

Von der linksgrünen Seite der Stadtverordnetenversammlung bleibt fast ausschließlich die Windkraft auf dem Taunuskamm. Eine Lösung, die wir aus Gründen des Wirkungsgrades, aber auch aufgrund des Eingriffs in den Wald und die damit verbundene Schädigung weiterhin ablehnen! Ein Antrag unserer Fraktion aus November 2021 (!!!!) zum Wasserstoff wurde leider erst vor den Sommerferien behandelt und, das war vorauszu-sehen, aus fadenscheinigen Gründen abgelehnt. Den Inhalt des Antrags können Sie hier (www.piwi.intern.wiesbaden.net/antrag/detail/2822668) gerne noch einmal lesen. Nun hat im September ESWE Versorgung eine Stellungnahme zum Thema vorgelegt, die weite Teile unseres Antrags bestätigen! Für viele Anwendungen, in denen wir heute Gas einsetzen, kann Wasserstoff als alternativer Energieträger verwendet werden. Verlorene Zeit, die wir, angesichts der aktuellen Lage, nicht haben! Im Umweltausschuss wurde von uns das Thema Geothermie wieder auf die Tagesordnung gebracht. Alle Arten der Geothermie, von der Erdsonde, bis zur mittleren Bohrung für die Versorgung eines ganzen Quartiers, bis hin zur Tiefengeothermie, die viele, viele

Haushalte unserer Stadt mit Fernwärme versorgen könnte. Klare Aussage im Ausschuss durch die Grünen: Keine Geothermie tiefer als 400 Meter!

Somit scheidet die grundlastfähige Nutzung der tiefen Geothermie, die Wärme UND Strom, die jeden Tag 24 Stunden dauerhaft erzeugen kann, wohl für die Kooperation aus! Die nächste Chance aufgrund ideologischer Scheuklappen und Technologiefreundlichkeit verтан!

Der Ausbau der Photovoltaikanlagen, den wir ja auch schon lange fordern, wird von der Kooperation ebenfalls ins Spiel gebracht. Aber auch hier sprechen wir von keiner grundlastfähigen Versorgung. Die Technik funktioniert eben nur, wenn es hell genug ist. Man weiß, dass ich mit vielen Entscheidungen der städtischen Gesellschaften hadere – jedoch hat die ESWE Versorgung im Ausschuss ein Konzept der regionalen Energieerzeugung vorgestellt, das auf dem ideologischen Altar der Parteien geopfert wird. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf! Ich weiß nicht worauf man noch wartet – wir haben keine Zeit mehr! ☐



Christian Bachmann
Fraktionsvorsitzender



Sport

Neue Mountainbikestrecken im Stadtwald?

Im Ausschuss für Sport, Ehrenamt und Bürgerbeteiligung wurde von Seiten des Jugendparlaments (JuPa) die Einrichtung eines „Trails“ als Ergänzung zur Downhillstrecke beantragt. Was grundlegend, Menschen bewegen sich in freier Natur, erstmal gut klingt, trübte sich dann doch sehr schnell ein. Es gibt dort bereits eine ganze Menge Strecken, die abseits der Wege, durch den Wald führen. Diese sind jedoch illegal und würden durch eine Legitimierung das Signal setzen: „Ihr müsst nur genug illegale Strecken durch den Wald produzieren, dann kommt die Stadt nicht umhin, offizielle

Trails zu bauen!“ Diesem Signal werden wir, um unseren Wald als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als Erholungsraum für die Bevölkerung, nicht folgen. Es hat gute Gründe, auch wenn die Mountainbikes als Sportgerät sich immer größerer Beliebtheit erfreuen, dass es im näheren Umland keine Strecken gibt. Wer diese sucht, muss z.B. nach Winterberg fahren.

Es ist übrigens erlaubt, mit dem Fahrrad die Waldwege zu nutzen – links und rechts davon sollte den Pflanzen, den Tieren und der Waldwirtschaft vorbehalten bleiben. ☐

Klare Kante!

„Fahrrad im Wald? JA – aber auf den ausgewiesenen Wegen“

Für Sie aktiv in Wiesbaden!



Christian Bachmann

Fraktionsvorsitzender
Seit 2011 Stadtverordneter

Ortsbeiratsmitglied
Nordenstadt 2016 - 2021



Petermartin Oschmann

stellv. Fraktionsvorsitzender
Seit 1989 Stadtverordneter

Ortsbeiratsmitglied
Rheingauviertel 1972 - 1977



Christian Hill

stellv. Fraktionsvorsitzender
Seit 2021 Stadtverordneter

Ortsbeiratsmitglied
Rheingauviertel 1989 - 1997
Westend 2001 - 2021



Andreas Ott

Fraktionsgeschäftsführer



Guido Bethmann

Fraktionsreferent



Impressum

Fraktion FREIE WÄHLER/Pro Auto
Schloßplatz 6
65183 Wiesbaden

Tel: +49 (0)611/31 - 7643 V.i.S.d.P.:
Christian Bachmann, Fraktionsvorsitzender

Fraktion.freiewaehler-proauto.de
fraktion@freiewaehler-proauto.de